Sachdokumentation:

Signatur: DS 1946

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1946

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

NEIN zum erneuten Steuerbschiss
www.staf-nein.ch

USR3, STAF: Nein bleibt NEIN!

Regula Rytz, Präsidentin GRÜNE, Nationalrätin, Mitglied WAK-N

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir GRÜNE haben in dieser Legislatur viele Kompromisse unterstützt. Bei der ungerechten Unternehmenssteuerreform III aber haben wir STOPP gesagt – zusammen mit fast 60 Prozent der Bevölkerung. Und wir bleiben dabei. Denn mit der Neuauflage der Reform werden uns die falschen Steuerrezepte neu verpackt noch einmal serviert. So geht man nicht mit einem Volksauftrag um.

Grundproblem 1: Trotz Nein der Bevölkerung zur USR III kommt es zu Abbau beim Service Public.

Auf den unzähligen Podien zur USR III wurde 2017 vor allem über eines diskutiert. Über die Frage, wie man trotz Abbau von 2,7 Milliarden Franken Steuereinnahmen die Ausgaben für Bildung, Spitex oder Sicherheit finanzieren will – ohne Steuererhöhung für den Mittelstand.[1] Analysiert man die Auswirkungen der neuen Reform, dann wird rasch klar, dass sich an diesem Grundproblem nichts geändert hat. Die USR III hätte allein für Kantone und Gemeinden unter dem Strich 1,492-1,592 Milliarden Franken Ausfälle gebracht. Bei der STAF sind es noch 1,415 Milliarden Franken.[2] Dazu kommt der Abbau auf Bundesebene. Der Volkswille wurde also nicht respektiert. Weil insbesondere die Gemeinden Steuersenkungen nicht an die nächste Instanz weitergeben können, ist ein Abbau von Leistungen für die Bürger/innen vorprogrammiert. Kein STAF-Befürworter kann heute sagen, wie die Steuerlücke von 2,1 Milliarden Franken jährlich geschlossen werden soll.

Grundproblem 2: Trotz Nein der Bevölkerung zur USR III dreht der kantonale Steuerwettbewerb munter weiter.

Wie schon bei der USR III planen die Kantone zur Umsetzung der STAF eine teils massive Senkung der Gewinnsteuern ein. Zum Beispiel Solothurn. Dort wird am 19. Mai auch über die kantonale Steuervorlage abgestimmt. Obwohl Solothurn nur wenige Statusgesellschaften hat, will die Regierung die Gewinnsteuern aus «Konkurrenzgründen» auf 13,12% halbieren. Unter dem Strich profitieren die 96 Prozent normalbesteuerten Firmen. Sie werden um 90 Millionen Franken jährlich entlastet. Solothurn tappt damit in die gleiche Tiefsteuerfalle wie Luzern oder Obwalden. Die STAF führt dazu, dass die Finanzkraft der Kantone immer weiter auseinander klafft. Denn Mehreinnahmen über die bisher privilegiert besteuerten Unternehmen haben nur wenige Kantone. Eine Zweiklassen-Schweiz widerspricht dem Gründungsgedanken der Eidgenossenschaft. Es braucht heute mehr und nicht weniger Harmonisierung zwischen den Kantonen.

---

[1] Siehe Kampagnenflyer 2017 in der Medienmappe.

[2] Siehe Zusammenstellung «Statistische finanzielle Auswirkung des Parlamentsbeschlusses STAF» des Bundes in der Medienmappe.

Grundproblem 3: Trotz Nein der Bevölkerung zur USR III werden die internationalen Gewinnverschiebungen weiter angeheizt.

Gewinne sollen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Dieses Prinzip wird mit der STAF trotz Abschaffung der verpönten Sonderregimes weiterhin verletzt. Die STAF führt wie schon die USR III neue Instrumente für Gewinnverschiebungen in die Schweiz ein (Zinsbereinigte Gewinnsteuer, «Step-Up» bei Zuzug, «Uplift» in der Patentbox usw.). Der Steuerpolitikchef der OECD, Pascal Saint-Amans, sagt deshalb in einem WOZ-Interview: «Die Schweiz stimmt Mitte Mai über die Abschaffung von Sonderregimes ab, die sie allerdings durch neue Steuervergünstigungen kompensieren will. Sicher ist, dass die Schweiz damit keine Umkehr ihrer Steuerpolitik vollzieht.» Auch Alliance Sud stellt fest: «Aus entwicklungspolitischer Sicht ist der Steuerteil der Vorlage nach wie vor völlig ungenügend.»[3]

Es ist ausserdem bereits mit neuem Druck aus dem Ausland auf die Steueroase Schweiz zu rechnen: Zurzeit arbeiten 120 Länder im Rahmen der OECD an einer Steuerreform für die digitale Wirtschaft. Setzen sich dort griffige Regeln durch, wird das Steuerdumpingmodell der Schweiz trotz STAF per se infrage gestellt werden. Hier entsteht ein massives strukturelles Problem für die Schweizer Volkswirtschaft, das so schnell wie möglich mit einer Unternehmenssteuerreform behoben werden muss, die die Schweiz aus ihrer Abhängigkeit von ausländischem Steuersubstrat befreit. Die STAF geht hier in die völlig falsche Richtung.[4]

Dass die neue Steuervorlage dem Volksauftrag aus der Referendumsabstimmung von 2017 widerspricht, weiss auch Bundespräsident Ueli Maurer: «Wenn wir die Steuervorlage aber mit Blick auf eine mögliche Volksabstimmung beurteilen, dann ist festzuhalten, dass sie eigentlich die gleichen Mängel hat, die die Unternehmenssteuerreform III hatte» (Bundesrat Ueli Maurer am 7. Juni 2018 im Ständerat zur STAF). Aus diesem Grund hat man die Steuervorlage im Laufe der Beratungen mit einer «Finanzspritze» für die AHV ergänzt. Die Referendumsallianz unterstützt diese Finanzspritze und hat darum versucht, die beiden Vorlagen des «Deals» zu trennen. Das ist leider nicht gelungen. Umso mehr sind wir überzeugt davon, dass alle Parteien, die heute ja zur kurzfristigen Stabilisierung der AHV sagen, das auch nach dem 19. Mai noch tun werden. Sonst wären sie schlicht und ergreifend unglaubwürdig. Dies in einer Zeit, in der allein die SMI-Konzerne über 40 Milliarden Franken an Dividenden auszahlen und grosszügig Boni verteilen.

Die Referendumsallianz gegen die Steuerreform, die anfangs April die Abstimmungskampagne eröffnen wird, hat über 55‘000 beglaubigte Unterschriften eingereicht. Das Referendum der zweiten Allianz, welche die Finanzspritze für die AHV bekämpft, ist dagegen mit 5000 Unterschriften kläglich gescheitert. Es geht bei der Abstimmung vom 19. Mai deshalb ausschliesslich um die Steuerreform. Gerne zeigen wir Ihnen heute die Hauptargumente der einzelnen Allianzpartner auf.

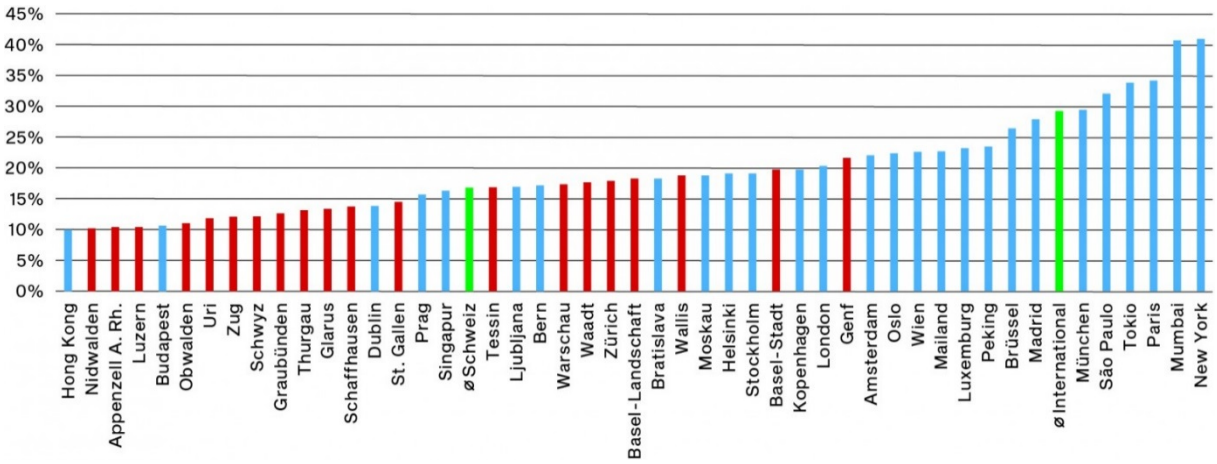
---

[3] Alliance Sud: STAF-Analysepapier, Januar 2019
https://www.alliancesud.ch/de/file/40576/download?token=Ads-AnGK

[4] https://www.alliancesud.ch/de/politik/steuer-und-finanzpolitik/werden-die-us-datenkraken-bald-global-besteuert?fbclid=IwAR1akc8PyMk4impONwyjcLtt6dnXlxi3SQsPk6M1Go1gC9Tu1lw1V6fRL5Q

Hintergrund-Informationen zu den Erläuterungen von Regula Rytz

Die Schweizer Kantone als Lokomotiven im Steuerwettlauf gegen unten:



Effektive Steuerbelastung gemäss BAK Basel, September 2018
(http://www.baktaxation.com/media/BakDownloadStucktur/Updates%20Bak%20Taxation%20Index/2017_International/Oeffentliches_Executive_Summary_BAK_Taxation_Index_2017_International.pdf)

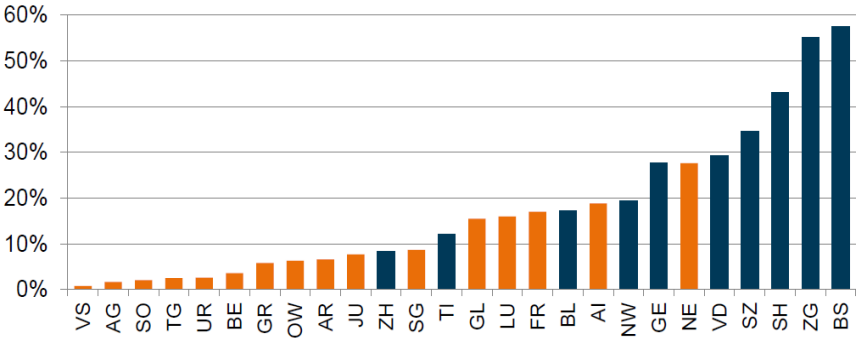
Effektive Steuerbelastung im Durchschnitt der Schweiz durch Gewinn- und Kapitalsteuer im Status quo und im „Reformszenario SV17 (Bericht Dynamische Effekte, S. 19/51)

	Bisher ordentlich besteuerte Unternehmen	Bisherige Statusgesellschaften	Alle Unternehmen
Effektive Steuerbelastung 2012-2014, Status Quo	19.52%	8.82%	14.14%
Effektive Steuerbelastung SV17	Patentbox: 8.83% Übrige: 14.83% Total: 14.33%	Patentbox: 7.91% Übrige: 11.61% Total: 11.33%	12.82%
Total:	Entlastung von 5.19	Belastung von 2.51	-1.32

Siehe auch Tabelle 8, Seite 21.

«Statusgesellschaften»: Hoher Anteil in Basel-Stadt

Geschätzer Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnsteuereinnahmen



→ «Statusgesellschaften» sind in BS bedeutend –
über den **Nationalen Finanzausgleich** profitieren alle Kantone.

Quelle: Bericht des Steuerungsorgans zur Unternehmenssteuerreform III, Dezember 2013; blau: NFA-Geberkantone

NON à la nouvelle arnaque fiscale
www.non-rffa.ch

Les enjeux de la votation du 19 mai

Agostino Soldini, secrétaire central

La version orale fait foi.

Les partisans de la RFFA, le Conseil fédéral en tête, essaient d'accréditer l'idée que cette loi serait une réponse à deux échecs antérieurs: la RIE III et PV 2020. Par un seul vote, nous pourrions résoudre, nous dit-on, deux problèmes: le régime d'imposition des entreprises et l'avenir de l'AVS.

Faire d'une pierre deux coups?

A nos yeux, il n'en est rien. Le véritable enjeu, le 19 mai 2019, est le régime d'imposition des entreprises; la question de l'avenir de l'AVS, malgré le financement additionnel prévu par la RFFA, ne se posera qu'après cette votation. C'est en effet dans le cadre du débat sur AVS 21 que les décisions essentielles concernant le 1er pilier seront prises.

Prétendre, comme le fait la direction du Parti socialiste suisse, que voter «oui» à la RFFA permettrait d'enterrer la perspective de la hausse de l'âge de la retraite pour les femmes est ainsi sans fondement. Le Conseil fédéral lui-même n'a d'ailleurs pas renoncé, malgré le «deal» conclu au Conseil des Etats, qui est à l'origine de la RFFA, à une telle hausse. Elle figurera certainement, noir sur blanc, dans le projet qu'il présentera après l'été. Les déclarations de Christian Levrat et consorts ne sont donc que de belles promesses qui n'engagent, comme chacun le sait, que ceux qui y croient…

Une compensation sociale… qui n'en est pas une

De même, parler de «compensation sociale», en référence au financement supplémentaire pour l'AVS, est un abus de langage, si ce n'est une tromperie: les retraités, actuels et futurs, ne toucheront pas un franc de plus. Or, dans un pays riche comme la Suisse, des centaines de milliers de retraités doivent compter chaque sou pour arriver à la fin du mois. Et l'avenir ne s'annonce guère meilleur: les rentes du 2e pilier baissent partout massivement.

Plutôt que d'offrir des milliards de francs de cadeaux fiscaux aux grands actionnaires, ce sont les rentes AVS qui devraient donc être augmentées. Rien de tel n'est prévu par la RFFA.

Au seul profit des 1% d'ultra-riches

Bref, la question à laquelle devront répondre les citoyennes et citoyens, le 19 mai, se résume bel et bien à ceci: êtes-vous d'accord de remplacer les statuts fiscaux spéciaux par de nouvelles niches fiscales et de baisser massivement les taux d'imposition des bénéfices?

Pour notre part, nous les appelons à confirmer leur vote de février 2017. Comme la RIE III, l'entrée en vigueur de la RFFA ne profitera en effet qu'aux grands actionnaires des entreprises les plus rentables, les 1% d'ultra-riches. Ils pourront sabrer le champagne, mais c'est l'immense majorité de la population – les 99% – qui aura la gueule de bois…

NON à la nouvelle arnaque fiscale
www.non-rffa.ch

Dumping fiscal international

Gabriella Lima, porte-parole de solidaritéS

La version orale fait foi.

La RFFA a comme objectif premier d'accroître et de renforcer la place de la Suisse dans la concurrence internationale. Sous prétexte de supprimer les statuts spéciaux dont disposent les multinationales, la RFFA relance un nouveau cycle de compétition fiscale vers le bas entre les pays mais aussi entre les cantons, pour renforcer le paradis fiscal suisse au détriment d'autres pays. En attirant des sociétés étrangères ici, la suisse extorque des recettes fiscales très importantes de plusieurs pays à l'échelle mondiale, et évidemment, cela a des conséquences désastreuses pour les pays pauvres qui se voient privés de sommes spectaculaires, qui sont nécessaires au financement de leurs services publics, donc des hôpitaux, des écoles mais aussi, comme on le voit maintenant avec le cas du Brésil, des réparations des dégâts humains et environnementaux. Même le Conseil des droits de l'homme de l'ONU l'a dit, dans un rapport paru récemment que la RFFA va « *exacerber davantage la concurrence fiscale nocive au niveau international et même entre les cantons* ».

Contrairement à ce que disent des représentants du Parti Socialiste, et de leurs alliés bourgeois, la RFFA ne vise nullement à corriger des injustices fiscales, mais au contraire, à les accentuer davantage, au profit des grandes entreprises et de leurs actionnaires, donc des 1% des plus riches. Selon des estimations qui ont été faites par des ONGs, notamment l'ONG helvétique Alliance Sud, les pertes de recettes fiscales dans des pays pauvres s'élèvent à 200 milliards de dollars par année, parce que les multinationales déplacent leurs bénéfices dans des pays comme la Suisse. Donc la conséquence de ce dumping fiscal féroce mené par la Suisse n'est pas de corriger des injustices mais bien d'accroître encore plus les inégalités, puisque ces pertes de recettes fiscales pour les pays pauvres condamnent des populations déjà fragilisées à l'échelle mondiale à la pauvreté.

En baissant d'environ 40% en moyenne le taux d'imposition sur les bénéfices dans les cantons, les autorités suisses vont donc encore plus loin que président Donald Trump. Aux Etats-Unis, le taux d'imposition moyen des bénéfices oscillera autour de 28% alors qu'en Suisse, il va baisser, en moyenne, à environ 14%, donc la moitié du taux étatsunien. Ainsi, la RFFA va donner un coup de fouet à la concurrence fiscale à l'échelle internationale, poussant les Etats à réduire sans cesse la fiscalité sur les possédants, en raison de la compétitivité économique. C'est pourquoi nous devons absolument nous opposer à cette réforme.

NEIN zum erneuten Steuerbschiss
www.staf-nein.ch

Nein zur STAF, der Aufwärmung des Steuer-Bschiss auf Kosten des Service Public!

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD

Es gilt das gesprochene Wort.

Nicht die Steuerlast, es ist der gute Service Public in Bildung, Forschung, Gesundheit, öV, Kitas oder Kultur, der die Schweiz im weltweiten Ranking an die Spitze befördert und eine Firma wie Google überzeugt, in die Hochpreis- und Hochsteuer-Stadt Zürich zu ziehen. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist einzigartig und Grundlage für unser hohes Wohlstandsniveau. Die STAF greift dieses Erfolgsmodell an!

STAF foutiert sich ob der ablehnenden Gründe zur USR III: Die Stimmbevölkerung wollte keine tieferen Steuern für Reiche und Konzerne auf Kosten des Service Public.

Der internationale Druck zwingt den Bund zu Recht, Steuerprivilegien für global tätige Firmen abzuschaffen. Werden sie abgeschafft, müssten mehr Steuern fliessen. Nicht so bei STAF: Zwar werden die Privilegien beim Bund abgeschafft, aber wieder Steuer-Schlupflöcher geschaffen und die Kantone aufgefordert, ihre Gewinnsteuern für ALLE Unternehmen – auch für die heute ordentlich Besteuerten! – drastisch zu kürzen.

Das Resultat ist ein massiver Steuerausfall! Das ohne Not; die Reichen darben nicht: Nur die 300 Reichsten in der Schweiz haben seit der USR III-Abstimmung im Februar 2017 62 Milliarden Franken im Schlaf dazu gewonnen. Mit STAF prognostiziert der Bund über 2 Milliarden Franken Steuerausfälle, was dank neuen Schlupflöchern weit mehr sein wird. Bezahlen wird es die Bevölkerung mit Steuer- und Gebührenerhöhungen und Abbau im gesamten Service Public. Und die Angestellten im öffentlichen Dienst mit schlechteren Löhnen, Stellenabbau, Druck und Stress.

Die Ausgleichszahlungen des Bundes reichen nicht, das grosse Budgetloch vor allem bei den Städten und Gemeinden auszugleichen. Sie müssten bei Feuerwehr, Polizei, Krippen, Altersheimen, Theater, Musikschulen, Kinder- und Jugendtreffs, Pflegeleistungen oder Wintermantel-Zulagen für die Ärmsten sparen. Doppelt betrogen wären die Frauen. Sie arbeiten mehrheitlich in öffentlichen Bereichen wie Gesundheit, Schule, Kindergärten, Kitas und sozialen Einrichtungen, die vom Abbau besonders stark gefährdet wären. Zudem leisten sie den grössten Teil der Care-Arbeit und sind auf Betreuungsplätze angewiesen.

Ohne STAF ist der Weg frei für eine Vorlage, die einzig die Privilegierten in die normale Besteuerung einreihen soll. Alle (internationalen) Firmen profitieren vom Service Public. Diese Infrastruktur muss mit angemessenen Steuern mitfinanziert werden.
Kein Milliarden-Geschenk an Konzerne auf Kosten des Service Public hier und auf Kosten der armen Länder! Auch in neuen Schläuchen ist der alte Wein nicht besser verträglich. Deutlich Nein zu STAF am 19. Mai 2019!

NON à la nouvelle arnaque fiscale
www.non-rffa.ch

Des cadeaux aux grandes entreprises au détriment de l'ensemble de la population

Lisa Mazzone, conseillère nationale et vice-présidente des VERTS

La version orale fait foi.

L'objectif annoncé de la réforme fiscale est d'abolir les statuts fiscaux dont jouissent des sociétés internationales. Jusque-là, nous applaudissons. Mais la RFFA remplace les anciens privilèges par de nouveaux et mène à une réduction massive de l'imposition des grandes entreprises suisses, par un effet d'aubaine incroyable.

Avec ses nouveaux outils d'optimisation, la RFFA réduit tout d'abord l'assiette : première opération minceur. A laquelle s'applique la réduction massive du taux d'imposition cantonal. La Confédération encourage en effet les Cantons à redoubler de férocité dans la concurrence, en soutenant à l'aide d'un milliard de francs des baisses de taux, sans aucune condition : seconde opération minceur. Résultat : 4,5 milliards de pertes de recettes pour les cantons et les communes sur l'imposition des entreprises soumises à l'impôt ordinaire.

On exonère les grandes entreprises suisses d'une part non négligeable de la contribution aux services publics dont elles profitent. Tout en demeurant la locomotive de la sous-enchère fiscale internationale.

Pourtant, ce printemps encore, quelque 100 milliards de dividende seront versés aux actionnaires des entreprises sises en Suisse, dont une grande part se trouve à l'étranger.

D'ailleurs, tant le volet « développement » de cette superdéductibilité que la Patent box comportent un large degré d'interprétation qui annonce des pertes bien plus importantes. Et il est clair que les contrôleurs fiscaux dans les cantons n'auront pas les ressources pour en vérifier l'usage, comme l'exemple schaffhousois l'a récemment illustré.

Les perdants de ce projet sont désignés : les cantons et les communes, et les prestations qu'ils fournissent à la population, en matière de crèches, de soins aux personnes âgées ou de lutte contre le réchauffement climatique.

La RFFA, avec son minimum de 2,1 milliards de pertes, comme la RIE III avec ses 2,7 milliards de pertes, n'est autre qu'une redistribution à l'envers, au profit des grands actionnaires et des propriétaires d'entreprises suisses, et au détriment de la population, qui paiera d'une manière ou d'une autre la facture.

Du reste, le modèle économique inéquitable de la Suisse est à bout de souffle : en remplaçant les privilèges par des niches fiscales, la Suisse continue de miser sur l'imposition de bénéfices réalisés à l'étranger. Ces pratiques sont contestées au niveau international et combattues directement par des pays influents, comme les Etats-Unis, qui veulent empêcher les sorties de bénéfices. En baissant massivement leur taux d'imposition, les cantons se tirent doublement une balle dans le pied, si les sociétés sont réimposées ultérieurement à l'étranger.